

## DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abgeordneten

**Bernhard Ernst, Fritz Dinkhauser, Dr. Andreas Brugger,  
Gottfried Kapferer, Dr. Andrea Haselwanter-Schneider**

betreffend:

### **Null Schulden für Tirol: Reformen in der Landesverwaltung & Verkauf von Beteiligungen**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

### **DRINGLICHKEITSANTRAG:**

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert dem Landtag

- 1) **konkrete Reformmaßnahmen mit Sparvorschlägen im Bereich der Landesverwaltung (Grundverkehr, Raumordnung, Schulaufsicht, Forstverwaltung und -aufsicht, Güterwegabteilung, landwirtschaftliches Förderungswesen, Veterinärdienst udgl.) sowie**
- 2) **Vorschläge zum Verkauf von (für die Tiroler nicht notwendigen) Landesbeteiligungen und zur Erhöhung der Ausschüttung von Dividenden vorzulegen.**

**Dadurch soll der Tiroler Landeshaushalt bereits 2012 mit einer schwarze Null bilanzieren.“**

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Finanzausschuss** zugewiesen werden.

## BEGRÜNDUNG:

LR Christian Switak verkündet mit Stolz: *Der Budgetpfad wird gehalten.* Dabei verschweigt der Finanzlandesrat geflissentlich, dass Tirol mit **EUR 380 Mio. Schulden** (das sind ATS 5.000 Mio.) nach wie vor die **höchsten Schulden seiner Geschichte** zu verzeichnen hat. Neben diesen offiziellen Zahlen gibt es Unbekanntes.

Unbekannt sind ...

- ☞ mögliche **Haftungsverpflichtungen** des Landes Tirol für die Geschäftsgebarung der 33 **Landesunternehmen** darunter TILAK, UMIT und HYPO TIROL BANK und deren 130 Töchter oder
- ☞ für die **CrossBorderLeasing-Geschäfte** sowie **Ausstiegskosten aus Beteiligungen** an deutschen Atomkraftwerken durch die TIWAG,
- ☞ Verpflichtungen für den **Bau des BrennerBasisTunnels**,
- ☞ eine Fülle von **Art. 15a B-VG-Vereinbarungen** mit dem Bund,
- ☞ **EU-finanzierte Projekten**, die eine entsprechende Co-Finanzierung aus dem Landeshaushalt erfordern und
- ☞ die **Schulden zahlreicher Tiroler Gemeinden.**

### Was fehlt?

Trotz aller Beteuerungen fehlen bis heute konkrete Ansätze zu einer tatsächlichen Strukturreform in der Tiroler Landesverwaltung. Und es fehlen konkrete Reformmaßnahmen mit konkreten Sparvorschlägen.

### Schöpf spricht Klartext

In einem Interview aus dem Jahre 2010 nimmt der Präsident des Gemeindeverbandes Bgm. Mag. Ernst Schöpf zu den Spar-Potentialen wie folgt Stellung:

*Echo am Freitag (EaF): 2009 lag der Schuldenstand der Gemeinden bei 817.636.000 Euro. Welchen Schuldenstand prognostizieren Sie für das Jahr 2010?*

*Ernst Schöpf: Während sich der Schuldenstand der Stadt Innsbruck verringert, wachsen die Schulden der Gemeinden um ca. 15 Millionen Euro jedes Jahr. Ich nehme an, dass sich der Schuldenstand der Gemeinden Ende 2010 auf ca. 830 Millionen Euro erhöht. Die kleineren Gemeinden stehen vor großen finanziellen Herausforderungen. Sie sind mit einer Abwanderung ihrer Bevölkerung konfrontiert, die sich negativ auf die Entwicklung ihrer Abgabenertragsanteile auswirkt. Diese Gemeinden müssen versuchen, die Rahmenbedingungen und die Lebensqualität für ihre Bürger sowie die Infrastruktur für die Unternehmungen zu verbessern, um diese Tendenzen soweit als möglich zu stoppen. Ihre*

*schwierige finanzielle Situation spiegelt sich vor allem in der Entwicklung der Budgets und der wachsenden Verschuldung.*

*EaF: Haben Sie den Eindruck, dass das Land selbst auch spart?*

*Schöpf: Bau Bergisel-Museum, Landhausplatz-Umbau und Landhaus-Umbau erwecken den Eindruck, dass das Land nicht ernstlich spart. Dazu kommen noch Wahlversprechen, die eingelöst werden müssen – Mietzinsbeihilfe etc.*

*EaF: Die Personalausgaben stellen den höchsten Anteil an den Verwaltungsausgaben dar. Wo könnte hier gespart werden?*

*Schöpf: Seriöserweise muss man sagen, dass sich Personalausgaben nur mit Reformprozessen einsparen lassen. Einsparungspotenziale würden wir im Bereich Grundverkehr, Raumordnung, Schulaufsicht, Forstverwaltung und -aufsicht, Güterwegabteilung, landwirtschaftliches Förderungswesen, Veterinärdienst sehen.*

*EaF: Was wünschen Sie sich im Sozialbereich?*

*Schöpf: Hier braucht es eine effizientere und effektivere Mittelverwendung und vor allem eine Kontrollinstanz so nahe wie möglich am Bürger. Ich verweise auf das Beispiel Notstandshilfe, wo der Aufwand enorm gestiegen ist, bis Minister Lacina die Gemeinden als Kontrollinstanz vorgeschaltet hat. Danach sind die Aufwände radikal um bis zu 50 Prozent gesunken. Auch im Bereich der Mindestsicherung sollten die Gemeinden als Kontrollinstanz eingerichtet werden.*

*EaF: Und im Gesundheitsbereich?*

*Schöpf: Da braucht es einen effektiven Eingriff. Es gibt immer wieder Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen, aber nicht zur Strukturreform. Die Länder hatten 2005 im Finanzausgleich die Auflage, 300 Millionen Euro einzusparen. Davon haben wir nichts gespürt.*

*Im Gegenteil, wir haben mehr bezahlt, damit die Krankenhäuser finanzierbar blieben.*

Diesen Ausführungen ist nichts hinzuzufügen. Die Regierung ist gefordert konkrete Sparpotentiale zu eruieren und diese Massnahmen auch konkret umzusetzen.

### **Der Handlungsauftrag liegt bei der Landesregierung**

Zusätzlich zu den konkreten Sparvorschlägen hat die Landesregierung dem Landtag konkrete Vorschläge zum Verkauf von Landesbeteiligungen, (die nicht unbedingt notwendig sind, wie jener an der ENERGIE AG in Oberösterreich) sowie Vorschläge zur Erhöhung der Ausschüttungen von Dividenden (z.B. der TIWAG auf Kosten der hohen Marketing und Beraterkosten von EUR 44 Mio. im Zeitraum von 2 Jahren, wie vom Landesrechnungshof eindeutig dargestellt) dem Landtag zur Abstimmung zu unterbreiten.

Das Ziel muss ein Nulldefizit für den Tiroler Haushalt sein. Das Argument „*wir sind besser als andere*“ ist lobenswert, aber zweitrangig.

### **Dringlichkeit**

Die Dringlichkeit des Antrages ergibt sich aus der Tatsache, dass die Weichen für das kommende Budgetjahr bereits vor und spätestens mit der nächsten Landtagssitzung gestellt werden und es bis dahin einen klaren, finanziellen Rettungskurs benötigt.

Innsbruck, am 10. November 2011